

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/247

Bonn, den 30. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Entwicklungspolitik - ein Stück Innenpolitik</u> Von Bundesminister Dr. Erhard Eppler	39
2	<u>Wie weit noch bis zum Frieden?</u> Die Jugend ist unsere Hoffnung Von Prof. Dr. K. Bechert, MdB	46
3	<u>Solidarität und Mitarbeit</u> Von Volkmar Gabert, Landesvorsitzender der SPD in Bayern	46
4	<u>Fester Kurs in Schweden</u> Von Karl Kern, Malmö	46

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Mitvertretungspflicht der Bundesrepublik für 17 Millionen
Franke: Verhandlungstisch als Prüfstand
Für einen Frieden der Vernunft und des Rechts
FC Vorwärts mußte absagen
Fernsehfilm über Allenstein

Entwicklungspolitik - ein Stück Innenpolitik

Von Bundesminister Dr. Erhard Eppler

In der Weihnachtszeit haben junge Menschen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik demonstriert. Es ging ohne Krawall ab, ohne Gewalt gegen Personen oder Sachen, aber nicht ohne schockierte Gesichter: Warum müssen diese jungen Leute ausgerechnet in den Weihnachtstagen darauf aufmerksam machen, daß - wie auch Professor Glöckner am 28.12. im Deutschen Fernsehen noch einmal deutlich machte - von 2 1/2 Milliarden Menschen in Entwicklungsländern 20 Prozent unterernährt und 60 Prozent fehlernährt sind? Man mag darüber streiten, ob Schocktherapie hier weiterhilft. Wenn zum Beispiel 50 Heidelberger Studenten neben der Jesuitenkirche ihr Zelt aufschlugen und hungern, so mögen manche Passanten unwillig den Kopf geschüttelt haben: Schließlich hatten sie alle ein paar ruhige Tage redlich verdient.

Trotzdem werden die Älteren sich daran gewöhnen müssen, daß hier eine Generation nachwächst, die alles Reden von Frieden und Gerechtigkeit auf seine Ernsthaftigkeit abklopft, die auch nicht mehr mit der Bemerkung zu beruhiger ist, Brasilien oder Pakistan seien weit weg, und schließlich könnten wir uns nicht um alles kümmern. Für diese Generation ist der Erdball eine Einheit, und sie wird sich nicht damit abfinden, daß zwei Drittel der Menschheit sich in einem Zirkel des Unheils vorfinden, dessen sichtbarster Ausdruck der Hunger ist.

Im kommenden Jahrzehnt wird sogar unser innerer Friede, der zwischen den Generationen, davon abhängen, ob die Industrieländer sich zu einer vernünftigen Strategie der Entwicklung für die Dritte Welt durchringen, und ob die Bundesrepublik Deutschland dabei die ihr zukommende Rolle übernimmt.

Daher werden die Bemühungen zur Dekadenplanung im kommenden Jahr nicht nur Bedeutung haben für die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, für die bessere Koordinierung aller Entwicklungsanstrengungen; sie werden - zusammen mit innenpolitischen Reformen - darüber entscheiden, ob die engagierte, kritische junge Generation unsere Gesellschaft als eine Basis anerkennt, von der aus - langsam, aber erkennbar - mehr Gerechtigkeit geschaffen werden kann, oder ob sie unfähig erscheint, die Aufgaben der Zukunft richtig zu erkennen und anzupacken.

In den sechziger Jahren hat sich gezeigt, daß Entwicklungspolitik ohne aufgeschlossene öffentliche Meinung in den Industrieländern nicht möglich ist. Die siebziger Jahre werden darüber hinaus zeigen, daß eine Innenpolitik der demokratischen Reform ohne konstruktive Entwicklungspolitik immer schwieriger wird. Innere Reform und Entwicklungspolitik sind keine Gegensätze, sie sind aufeinander angewiesen.

Wie weit noch bis zum Frieden?

Die Jugend ist unsere Hoffnung

Von Prof. Dr. K. Sechart, MdB

"Der Frieden ist der Ernstfall", wann wird dieses Wort Wahrheit werden? Der Frieden zwischen den Völkern -, welche werden zuerst dran sein, mit einander endlich Frieden zu machen?

Wenn von Abrüstungsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland die Rede ist, so ist das eine Übertreibung. Gemeint und angestrebt sind Verhandlungen darüber, daß gewisse besonders teure Rüstungsarten eingeschränkt oder vielleicht sogar überhaupt nicht weitergetrieben werden sollen. Glücklicherweise ist es nämlich so weit, daß sogar die führenden Politiker und Militärs der beiden Weltmächte eingesehen haben, daß weitere Rüstung und Entwicklung, weiterer Ausbau auf dem Gebiet der Raketen und Antiraketen, sei es als Angriffs- oder Verteidigungswaffe, sinnlos geworden ist, weil zu teuer und ohne wirkliche Abschreckungs- und Schutzwirkung. Man kann nicht die andere Weltgroßmacht schwer schädigen oder vernichten, ohne selbst zugrunde zu gehen. Bleibt also das geistvolle Spiel, einander gegenüberzustehen, "Gewehr bei Fuß", und das ständige Belauern des anderen mit Flugzeugen und Flugkörpern in der hohen Atmosphäre und im Weltraum oberhalb des Luftgürtels der Erde.

Wenn die Gespräche in Helsinki außer militärischen auch politische Vereinbarungen bringen, dann eine Abmachung darüber, in welchen Gebieten man auseinanderrücken will. Da ist Deutschland, der Raum in und um Vietnam, leider vorerst nicht Ostasien und der Nahe Osten. Dort stehen zu sehr macht- und wirtschaftspolitische Interessen im Spiel. Für die europäischen Völker ist die Fleißaufgabe für den Frieden - und sie erfordert viel Fleiß und Ausdauer - das Weitergehen des wirtschaftlichen Zusammenwachsens westlich des Eisernen Vorhangs in Mitteleuropa und das Einbeziehen von Schweden und Finnland in den Kreis der gegenseitigen wirtschaftlichen Begünstigung. Mindestens ebenso wichtig ist das Anknüpfen wirtschaftlich freundlicherer Nachbarschaft mit Ostblockländern, politisches Auftauen kann und wird dann folgen.

Mittlerweile wird Afrika, Mittel- und Südamerika weiterbrodeln, werden Diktaturen entstehen und wechseln. Europas große Aufgabe wird Afrika sein, so wie die große Aufgabe der Vereinigten Staaten seit langem schon Mittel- und Südamerika ist, unter Kennedy mit dem Verständnis für wirtschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit in Angriff genommen, unter Johnson und seinem Nachfolger Nixon verständnislos vernachlässigt, ja fast aufgegeben. Übrigens: Warum haben die Vereinigten Staaten und Portugal dem Verdammnisurteil der Vereinten Nationen über Bakterien- chemische Waffen nicht zugestimmt?

Die Jugend ist unsere Hoffnung, sie muß den Weg gehen in eine friedlichere Zukunft, er wird schwer und lang sein. Übervölkerung, Hunger müssen gebändigt werden, sinnlose Wirtschaftskämpfe müssen ihr Ende finden in einer Einigung über die Frage: Was kann und wieviel kann und soll wo erzeugt werden? Die Rufe verantwortungsbewußter Männer und Frauen aus Politik und Wissenschaft können den Weg weisen.

Gehen wir an die Arbeit, der Frieden ist unsere Aufgabe!

Solidarität und Mitarbeit

Von Volkmar Gabert,
Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Am Ende des Jahres 1969 haben die Sozialdemokraten Grund genug, mit einem Gefühl der Zufriedenheit Bilanz zu ziehen. Der härteste und politischste Wahlkampf seit Bestehen der Bundesrepublik hat uns ans Ziel der Kanzlerschaft Willy Brandts gebracht. Das ist ein Erfolg, nicht nur der überzeugenden politischen Konzeption, die die Sozialdemokratische Partei entwickelt und vertreten hat, sondern ebenso all derjenigen Frauen und Männer in unseren Reihen, die weder Zeit noch Mühe gescheut haben, die Partei in dieser schweren Auseinandersetzung zu unterstützen. Sie alle haben sich einmal mehr bewährt.

Große Zielsetzung für 1970

Das bayerische Wahlergebnis hat den hohen Zuwachs im gesamten Bundesgebiet nicht überall erreicht. Es gibt dafür verschiedene Gründe, und die müssen offen diskutiert werden. Deshalb ist uns auch jetzt keine Verschnaufpause gegönnt, denn das kommende Jahr wird uns hier in Bayern vor eine erneute Bewährungsprobe stellen. Das Datum des 8. November 1970 - der Tag der Landtagswahl - ist der Fixpunkt, auf den wir uns nun zu konzentrieren haben.

Kein Zweifel: Die Ausgangsposition ist günstiger denn je zuvor. Die bayerische SPD stellt in Bonn nicht nur eine Bundesministerin und drei Parlamentarische Staatssekretäre. Es wird ihr darüber hinaus auch das Prestige einer Kanzler-Partei auf Bundesebene zugute kommen. Natürlich kann dieser Gesichtspunkt unsere Anstrengungen gleichsam nur flankierend unterstützen - wichtiger ist, daß wir unsere Vorstellungen nun auch mit der nötigen Überzeugungskraft zu vertreten wissen. Erfreulicherweise ist in diesem Zusammenhang bereits eine wichtige Entscheidung gefallen: Auf einer Sitzung am 19. November hat der Landesausschuß beschlossen, den Wählern eine Mannschaft, bestehend aus etwa 10 führenden Köpfen unserer Partei, zu präsentieren. Er hat - als das dafür zuständige Gremium - mich zu ihrem Spitzenreiter bestellt, und ich werde alles daran setzen, bis zum 8. Januar 1970 die bestmögliche personelle Auswahl zu treffen. Darüber hinaus arbeitet ein Team von Fachleuten derzeit an einem Bayern-Programm als Alternative zu demjenigen der Staatsregierung, und ich erwarte, daß wir auch damit eine gute Basis für den Sprung in die Regierungsverantwortung erhalten. Selbstverständlich hat der Landesvorstand bereits ein technisches Wahlkampfkonzept entwickelt, so daß wir im ganzen gesehen von allen Seiten gut gerüstet in dieses neue Jahr gehen.

Günstige Ausgangssituation

Die SPD als Mitgliederpartei ist aber wie immer, so auch dieses Mal auf die Solidarität und Mitarbeit jedes einzelnen angewiesen. Deshalb sind Initiativen ausdrücklich erwünscht, deshalb ist auch die kleinste Hilfe willkommen und notwendig und deshalb sind insbesondere die Funktionäre und Mandatsträger aufgerufen, alle politischen und organisatorischen Kräfte, die uns zur Verfügung stehen, zu mobilisieren. Wenn wir alle jetzt geplanten Maßnahmen erfolgreich durchhalten, bin ich sicher, daß wir auch am Ende des nächsten Jahres wieder einen entscheidenden Schritt weiter gekommen sind. Wir werden dann auch in Bayern den bisher härtesten Wahlkampf hinter uns haben, denn noch in keine Landtagswahlen sind wir mit so großer Zielsetzung gegangen.

Fester Kurs in Schweden

Von Karl Kern, Malmö

Die schwedische Innenpolitik stand im Jahre 1969 noch ganz im Zeichen des überwältigenden sozialdemokratischen Wahlsieges vom September 1968. Die Opposition hat sich von ihrer Niederlage noch nicht erholt. Der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie im September dieses Jahres hat nicht nur einen neuen Parteivorsitzenden und damit einen neuen Ministerpräsidenten gewählt, sondern auch die Richtlinien für den Wahlkampf beschlossen, nach dem im September 1970 über die Zusammensetzung des ersten Einkammer-Reichstages entschieden werden wird. Selbst der bemerkenswerteste Gegner der Opposition, der neugewählte Vorsitzende der liberalen Volkspartei, Gunnar Heiön, erklärte in seiner Antrittsrede daß die Sozialdemokraten auch die nächste Wahl gewinnen werden. Tatsächlich stellte die letzte Gallupuntersuchung Ende November 1969 ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokraten von 50,5 Prozent im November 1968 auf 53 Prozent Ende 1969 fest.

Die Opposition hatte gehofft, daß die Wahl des jungen Olof Palme zum Partei- und Regierungsführer der Sozialdemokratie schaden würde. Palme war als radikal verschrien, und die Opposition baute mehr auf seine vermeintliche Unbeliebtheit - Palme ist Akademiker und entstammt außerdem einer Adelsfamilie - als auf ihre eigene Kraft. Inzwischen hat sich Palme auch bei der Opposition ungeteilten Respekt verschafft. Der einundvierzigjährige Mann am Ruder des Staatschiffes ist nicht der intellektuelle Eingänger, von dessen Mißgriffen und "Radikalismus" sich die Gegner Erfolg erhoffen können, sondern ganz einfach der zwar junge, aber besonnene Führer einer großen Partei mit einer demokratisch arbeitenden Führung. Das bedeutendste innenpolitische Ereignis dieses Jahres ist also, daß sich in Olof Palme Erfahrung und Erneuerung vereinigen, so daß die Staatsführung zumindest in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht gewechselt zu werden braucht.

Der Parteitag hat als eine der wichtigsten Aufgaben die Verwirklichung der Gleichheit - "Jämlikhet" - bezeichnet, also einen Teil der großen Losung "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". Darüber wird nun sehr viel geredet und geschrieben, und nicht alle Bevölkerungskreise und Berufsgruppen stellen sich unter "Gleichheit" etwa das vor, was ihre zifrigste Verfechterin, Frau Alva Myrdal vertritt. Wie man denn überhaupt links und rechts, vorne und hinten nicht nur auf Deutungsschwierigkeiten stößt, sondern auch auf sachliche Schwierigkeiten. Der große "junge" Ideologe der Partei, Ernst Wigforss, 88 Jahre alt, hat seine Zweifel an dem oft allzu schematischen Gleichheitsdenken angemeldet.

Wenn man schon nicht Ganzheitslösungen auf diesem Gebiete finden kann, bleibt doch die Angleichung der Niedriglohn-Gruppen an das Durchschnittseinkommen des Bürgers eine konkrete Aufgabe. Sie bleibt nach wie vor den Gewerkschaften bei den Vertragsverhandlungen gestellt. - Hier wie in so vielen Fällen meldet sich auch ein sprachliches Problem an: Man sagt "Gleichheit", meint aber eigentlich Gleichwertigkeit im Sinne Rousseaus: "Die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt".